





















bereits die Aufgabe der Institutionen der Komitatssitze. Die Wirtschaftsreform von 1968 steigerte die Unabhängigkeit der (Groß)unternehmen; die Unternehmungsstrategie, ihren Betrieb bestimmten nicht mehr die zentralen Organe, sondern die Unternehmen. Die Mehrheit der Großunternehmen hatte ihr Hauptquartier in Budapest. Die streng hierarchisierte Partei- und Staatsorganisation konnte aber weiterhin jedes beliebige Segment des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens kontrollieren.

Für die „Übersteigerung“ der Rolle Budapests gibt es zahlreiche Beispiele: bis in die Mitte der 1980er-Jahre konnte man nur in Budapest zu einem neuen Personewagen gelangen (das „zugeteilte“ Auto übernehmen); jegliche Währungsgeschäfte konnten nur in der Hauptstadt abgewickelt werden. In Ungarn gab es keine einzige Bank mit Sitz in der Provinz (auch heute kaum); nur in Budapest waren Verlagsunternehmen tätig, hier erschienen die nationalen Zeitungen, und so weiter.

Diese Behauptungen bestätigt auch die „Statistik“. 1970 waren 77,5% der Arbeitnehmer in Forschung und Entwicklung, 61,5% der für Geschäftsdienstleistungen angestellte, 52,7% der an Hochschulen studierenden, 52,6% der Lehrer, 33,7% der im Finanzdienstleistungssektor beschäftigten in Budapest tätig; hier befanden sich 33,1% der Spitalbetten und 29,9% der Hotelzimmer. Das Wesen des politischen Systems unterstützte weitgehend die Stärkung der Position, die „Macht“ Budapests im Siedlungsnetz und trug dazu bei, dass das Land „kopflastig“ wurde.

Nicht eindeutig ist die Wirkung der siedlungspolitischen Vorstellungen und Praxis des Staates. Es gilt festzuhalten, dass relativ überraschend in einem Land, das sich der Planwirtschaft verschrieb, eine offizielle siedlungspolitische Konzeption erst 1971 deklariert wurde, die Nationale Konzeption zur Entwicklung des Siedlungsnetzes (Országos Településhálózatfejlesztési Konceptió). Bis dahin wurde versucht, mit fallspezifischen Eingriffen die mit den Siedlungen verbundenen Vorstellungen zu verwirklichen, wie zum Beispiel die Massnahme zur Auflösung des Einzelgehöftsystems, die Schaffung von Einzelgehöftgemeinden, administrative Eingriffe (Groß-Budapest, Groß-Miskolc), Verlegung der Komitatssitze. Im Zusammenhang mit Budapest wurden nur relative

spät, gegen Ende der 60er-Jahre und in den 70er-Jahren solche „ad-hoc“-Aktionen durchgeführt, vorwiegend nicht zur Verwirklichung von deklarierten Zielen (gleichmäßigeres Siedlungsnetz, Verringerung der räumlichen Unterschiede), sondern auf Druck der „Realwelt“. So wurde versucht, nachdem die hauptstädtischen Arbeitskräfte- und Infrastrukturreerven erschöpft waren, mit Industrie auslagernden Aktionen und mit der Förderung der „Industrialisierung in der Provinz“, das Industrevolumen von Budapest zu verringern (auch dies als Antwort auf den Arbeitskräftemangel in der Hauptstadt und in der Hoffnung auf eine günstigere Produktion in der Provinz). Hinter den Versuchen zur extensiven Entwicklung Budapests und zur Bremsung des Bevölkerungswachstums standen ebenfalls aus Zwang geborene Bestrebungen (die administrative Einschränkung des Umziehens). Zwar wurden die „Gegenpole“ der Hauptstadt gekennzeichnet, doch für deren spezielle Förderung gab es nicht genügend finanzielle Mittel. Die Entwicklung der regionalen Zentren war im Verhältnis geringer, wie auch im Falle der meisten Komitatssitze. So verlagerte sich das extensive Wachstum der Hauptstadt auf die Agglomeration, welche gewaltig anschwellte und in der die Situation schwer zu handhaben war (nicht ausgebaute Infrastruktur, Verkehrsprobleme usw.).

Die Staatsmacht tätigte zaghafte Versuche für eine gleichmäßigere Entwicklung des Siedlungsnetzes, zur Verringerung der Bedeutung Budapests, die finanziellen Mittel dafür stellten sich aber als zu gering heraus und auch die einflussreichen Parteien mit konträren Interessen (zum Beispiel das Beharren der Führung von Großunternehmen auf den Hauptquartieren der Unternehmen in Budapest) bremsten solche Bestrebungen.

Es ist unbestritten, dass das Verhältnis, die Bedeutung, die „Macht“ zwischen der Hauptstadt und dem „Land“ in den Jahrzehnten des Sozialismus nicht proportionaler wurde; man kann im Prinzip nur vom Fortbestehen eines bereits entstandenen Zustandes sprechen, und von einer Verschiebung der Machtverhältnisse (Diktate) zugunsten Budapests. Und dies war in erster Linie im Charakter der Staatsmacht und nicht in den Bestrebungen der beabsichtigten Siedlungspolitik begründet. Auf diesem Gebiet führte gerade die Kraftlosigkeit, Unsicherheit der „Macht“ zu weiteren ungünstigen Prozessen. In der sozi-



